

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Mai 2024
– Drucksache 17/6826**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2023 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 11: Dialogisiertes Abrechnungs- und In-
formationssystem (DAISY) beim Lan-
desamt für Besoldung und Versorgung**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Mai 2024 – Drucksache 17/6826 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
dem Landtag zu den Ziffern 1, 2 und 4 bis zum 30. Juni 2025 erneut zu berich-
ten.

17.10.2024

Der Berichterstatter:

Ansgar Mayr

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/6826 in seiner 42. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 17. Oktober 2024.

Der Berichterstatter trug vor, das Landesamt für Besoldung und Versorgung habe sein Risikomanagement im Zusammenhang mit dem Einsatz des Dialogisierten Abrechnungs- und Informationssystems (DAISY) weiterentwickelt. Bis zum Jahresende solle die Identifizierung und Bewertung der Risiken abgeschlossen sein. Bisher seien 14 Programmänderungen nach entsprechender Gefährdungsanalyse konzipiert und umgesetzt worden. Dies reduziere bereits heute die Risiken im Zusammenhang mit dem Betrieb von DAISY.

Ausgegeben: 30.10.2024

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung habe in der Zwischenzeit begonnen, die Analysesoftware IDEA einzusetzen. Diese erfordere aber wegen ihrer komplexen Funktion eine umfangreiche Einarbeitung, sodass erst zum Jahresende das Projekt vollumfänglich abgeschlossen sein werde.

Die Integration der Daten in das SAP-System habe recht gut funktioniert.

Aus seiner Sicht könne die Ziffer 3 des Landtagsbeschlusses vom 7. März 2024 als erledigt betrachtet werden. Weiter schlage er vor, die Landesregierung zu ersuchen, zu den Ziffern 1, 2 und 4 bis zum 30. Juni 2025 erneut zu berichten.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs dankte für die gute Zusammenarbeit zwischen dem Ressort und dem Landesamt für Besoldung und Versorgung in dem angesprochenen Bereich.

Sie hob hervor, der Rechnungshof habe den Prozess lange begleitet. Es sei ein großer Aufwand betrieben worden, um die Empfehlungen des Landtags umzusetzen.

Sie begrüße es, dass im nächsten Jahr ein erneuter Bericht über den Fortgang erstattet werden solle, auch was die Verfahrensdokumentation angehe. Nach ihrem Verständnis diene die Verfahrensdokumentation auch dazu, beim Wechsel von in Verantwortung stehenden Personen die Abläufe besser nachvollziehen zu können. Daher lege der Rechnungshof auch großen Wert auf die Umsetzung von Ziffer 4 des Landtagsbeschlusses vom 7. März 2024.

Einvernehmlich verabschiedete der Ausschuss folgende Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Landtag wolle beschließen,

- 1. von der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Mai 2024, Drucksache 17/6826, Kenntnis zu nehmen;*
- 2. die Landesregierung zu ersuchen, dem Landtag zu den Ziffern 1, 2 und 4 bis zum 30. Juni 2025 erneut zu berichten.*

30.10.2024

Mayr